

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn
Wolfgang Nickel

Rathaus Wiesbaden

Wiesbaden, 9.2.2015

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP I/7 (Ermäßigte Fahrpreise für Bezieher/innen von Leistungen nach Sozialgesetzbuch im Stadtgebiet Wiesbaden) der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Februar 2015

Ermäßigte Fahrpreise für Bezieher/innen von Leistungen nach Sozialgesetzbuch im Stadtgebiet Wiesbaden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. Wird folgendermaßen geändert (kursiv = Änderungen):

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich grundsätzlich dafür aus, den Regelsatz für Mobilität und die Kosten für ermäßigte Monatskarten für diesen Bezieherkreis zu harmonisieren. Dies kann jedoch nicht auf Kosten des Leistungserbringers, in diesem Fall ESWE Verkehr, erfolgen.

II. *Der Magistrat wird gebeten, über den hessischen und den deutschen Städtetag darauf hinzuwirken, dass die Kosten für Mobilität im Regelsatz SGB II in einer realistischen Größe abgebildet werden oder dass die Differenz zwischen dem Regelsatz und die Kosten für die Monatskarte aus SGB-Mitteln erstattet wird.*

III. (vormals II) wird folgendermaßen geändert:

Der Magistrat möge deshalb prüfen und berichten,

a. Bleibt.

b. Wird geändert: was die Verhandlungen mit dem Städtetag im Sinne von II ergeben haben.

c. Bleibt.

d. Wird geändert: wie sich das wirtschaftliche Ergebnis hinsichtlich Kosten, Mehreinnahmen und höherem Fahrzeugbedarf bei Umsetzung der o.g. Maßnahmen darstellen kann.

e. Kann entfallen (da neu in d. enthalten)